

72 | 08.07.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

Lew Kulit

Russlands Krieg gegen die Ukraine berührt uns alle. Großartige Hilfen haben weite Teile der Stadtgesellschaft geleistet, und auch die Beschäftigten der Stadtverwaltung zeigen ein großartiges Engagement. Aufgrund der umfassenden Hilfen, die Geflüchteten in unserer Stadt und durch unsere Stadt zuteil wurden, musste nun ein Nachtragshaushalt aufgelegt werden. Er stand im Mittelpunkt unserer letzten Ratsversammlung vor der Sommerpause.

Eine interessante Lektüre und erholsame Ferien wünscht

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Nachtragshaushalt verabschiedet

54,5 Millionen Euro umfasst der <u>Nachtragshaushalt</u>, den wir in der Ratsversammlung am Donnerstag der vergangenen Woche (28.06.) beschlossen haben. Davon entfallen 16,5 Millionen Euro auf die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine, die Versorgung mit Sozialleistungen 32,2 Millionen und 3,6 Millionen Euro für weitere Betreuungsaufgaben, voran die schulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen.



Unser Kämmerer Axel von der Ohe erklärte: "Unsere Solidarität mit den Ukrainer*innen ist selbstverständlich." Zugleich verwies er auf die ohnehin extrem angespannte Haushaltslage Hannovers. Um den Haushalt strukturell zu entlasten, bedürfe es einer klaren und zügigen "Verwaltungsmodernisierung und effizientere(r) Prozesse. Nur so werden wir auch in Zukunft in der Lage sein, die Stadt aktiv zu gestalten." – Unter diesen Maßgaben dürfte denn auch der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2023/2024 stehen, der dem Rat in seiner nächsten Versammlung am 25. August vorgelegt werden wird, unmittelbar nach den Sommerferien.

Im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt hatten wir im Verwaltungsausschuss vor der Ratsversammlung auch einem <u>Nachtragsstellenplan</u> zugestimmt. Er deckt zum einen Mehrbedarfe an Personal ab, die im Gefolge des Ukrainekrieges entstanden sind; hierfür werden 31 neue Stellen, unter anderem für die Bereitstellung von Unterkünften und für die Bearbeitung von Anträgen auf Sozialleistungen, geschaffen. Zum anderen werden 20 neue Stellen eingerichtet, die Bearbeitung strategisch wichtiger Themen in der Stadtverwaltung dienen; dazu zählen unter anderem Personalaufstockungen in der Ausländerstelle und in der Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Die zusätzlichen Personalkosten können aus den verfügbaren Personalmitteln des regulären Haushaltes gedeckt werden.

www.hannover.de/Flüchtlinge-in-Stadt-und-Region-Hannover



Stadt und Region bieten Informationen für Geflüchtete und zu Unterstützungsmöglichkeiten – auch in verschiedenen Sprachen – unter dieser Internetadresse.

Solidaritätspartnerschaft mit Mykolajiw

Als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und allen, die sie unterstützen, ist auch die Verwaltungsvorlage "Hannover in Solidarität mit der Ukraine" zu betrachten. Sie sieht einerseits Hilfen für jene unserer Partnerstädte vor, die ihrerseits erhebliche Unterstützungsleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine auf den Weg gebracht haben – allen voran Posen/Poznan, das zugleich Partnerstadt von Charkiw ist. Unterstützt werden auch zivilgesellschaftliche Organisationen in unserer Stadt, die ihrerseits für die Ukraine oder Menschen von dort umfangreiche Hilfen organisiert haben.

Schließlich wird der Stadt Mykolajiw eine Solidaritätspartnerschaft angeboten. Die Stadt in der Nähe der Dnipro-Mündung in der Südukraine ist hart umkämpft, ihr sollen aktuell notwendige Hilfen zuteil werden. Perspektivisch umfasst die Solidaritätspartnerschaft Unterstützung beim Wiederaufbau und natürlich den zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen Mykolajiw und Hannover.

Stadtplakette für Städtepartnerschaftsvereine

Seit 75 Jahren besteht die Städtepartnerschaft zwischen Hannover und Bristol, und vor 70 Jahren wurde die Hannover-Bristol-Gesellschaft gegründet. Gemeinsam mit sieben anderen Vereinen, die sich den Partnerschaften unserer Stadt verschrieben haben, wurde sie vor einer Woche mit der Stadtplakette ausgezeichnet.

Für die Hannover-Bristol-Gesellschaft nahm deren Vorsitzender, unser Ratsherr Robert Nicholls, die höchste Ehrung der Landeshauptstadt in Empfang. Ausgezeichnet wurden weiterhin der Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre (gegründet 1961), die Deutsch-Französische Gesellschaft Hannover (1967; Partnerstadt Perpignan), die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hannover (1979; Posen/Poznan), das Hiroshima-Bündnis Hannover (1984), der Deutsch-Japanische Freundeskreis Hannover-Hiroshima-Yukokai (1985), die Deutsch-Japanische Gesellschaft Hannover Chado-Kai (1989) und die Initiative Bürgerbegegnung Hanover-Rouen, die erst vor fünf Jahren entstanden ist.

All diese Gesellschaften widmen sich dem wichtigen Austausch zwischen den politischen Gremien der jeweiligen Partnerstädte, vor allem aber der Begegnung zwischen den Stadtgesellschaften und verschiedenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Dass dies mit einer Stadt aus Großbritannien, gegen das Deutschland erbittert Krieg geführt hatte, bereits zwei Jahre nach dem Ende des Weltkrieges möglich war, erstaunt noch heute. Angesichts der aktuellen Lage in Europa wird der Wert solcher Partnerschaften mehr denn je erkennbar.



Robert Nicholls mit der Stadtplakette für die Hannover-Bristol-Gesellschaft.

Verabschiedung von Andrea Hammann

Seit 23 Jahren ist Andrea Hammann die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Hannover, Ende Juni ist sie nun in den Ruhestand gegangen. Am 28. Juni hat unsere Fraktion sich von Andrea verabschiedet, für ihre verlässliche Arbeit gedankt und sie mit besten Wünschen für den Ruhestand bedacht.

Unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich unterstrich, wie hartnäckig Andrea sich für die Belange Behinderter in unserer Stadt eingesetzt habe. Als baupolitischer Sprecher seine Bewunderung konnte er seine Bewunderung dafür nicht verhehlen, dass sie sämtliche Bebauungspläne auf das Thema Barrierefreiheit geprüft und sich energisch dafür eingesetzt hatte.

Andrea Hammann dankte vor allem dafür, dass die SPD für die Einrichtung einer solchen Beauftragtenstelle gekämpft habe, die sie dann als erste besetzen konnte. Sie erklärte, dass Hannover in Sachen Barrierefreiheit im Vergleich mit anderen Städten in Deutschland schon recht weit sei. Allerdings gebe

Andrea Hammann nimmt von unserem Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich den Dank für die verlässliche Zusammenarbeit und für die beständige Mahnung entgegen, sich für die Belange von Menschen mit Behinderungen einzusetzen.

es immer noch (zu) viel zu tun. Dabei müssten die Belange aller Menschen mit Behinderungen in den Blick genommen werden – nicht nur die mobilitätseingeschränkter Menschen, sondern auch solcher mit Sehbeeinträchtigungen oder Hörschäden. Barrierefreiheit erleichtere Menschen mit Behinderungen das Leben, nutze aber letztlich allen, betonte sie.



Inklusives Stadtquartier am Stephansstift

Die Dachstiftung Diakonie wird am Stephansstift in Kleefeld ein inklusives, weitgehend klimaneutrales Stadtquartier errichten. Im "Grünen Viertel Stephansstift" sollen mehr als 300 Wohnungen entstehen, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen, Junge und Alte, Familien, Studierende und hilfebedürftige Jugendliche sowie ehemalige Wohnungslose leben sollen. Das Quartier soll mit einer guten sozialen Infrastruktur ausgestattet werden, neben einer Mensa mit Café geben, die auch von den Studierenden am Diakoniekolleg, das bereits auf dem Gelände liegt, genutzt werden kann, sind ein Super- und ein Biomarkt sowie ein Pflegezentrum mit Arzt- und Therapiepraxen vorgesehen. Weitere soziale Einrichtungen sollen das Quartier vervollständigen.



Stadtentwicklm und lungs-Bauausschuss haben wir vorgestern grünes Licht für dieses wichtige Vorhaben gegeben, das neben dem "Vitalquartier" des Annastiftes in Mittelfeld ein wei-Leuchtturm für die Inklusion in unserer Stadt werden dürfte.

Visualisierung des geplanten inklusiven Stadtquartiers "Grünes Viertel Stephansstift" in Kleefeld. © Dachstiftung Diakonie

Hannoverfonds soll Armutsfolgen für Kinder abmildern

Zum Haushalt 2021/2022 haben wir die Einrichtung eines neuen <u>Fonds</u> in Auftrag gegeben, der Kindern und Jugendlichen mehr soziale Teilhabe ermöglichen, Benachteiligungen ausgleichen und Armutsfolgen abmildern soll. Dieser Haushaltsantrag wird nun umgesetzt.

Damit können die gewünschten Unterstützungsmaßnahmen schnell und unbürokratisch greifen. Künftig werden Träger*innen in der Geschäftsstelle des Fonds Fördermittel für Maßnahmen beantragen können. Ab einer Höhe von 1.500 Euro werden diese vom Jugendhilfeausschuss beschlossen, darunter entscheidet die Geschäftsstelle. Ergänzend wird eine Expert*innen-Kommission einberufen, die viermal jährlich tagt. Sie soll die Wirkung der Fonds-Maßnahmen analysieren und an der kommunalen Positionsbestimmung sowie einer Strategie zur Förderung der Chancengerechtigkeit arbeiten. Nach drei Jahren ist eine Evaluation des Prozesses vorgesehen.

Insgesamt stehen für den <u>Hannoverfonds</u> jährlich 350.000 Euro zur Verfügung. Seine Einrichtung haben wir in der vergangenen Woche im Jugendhilfe-, im Finanz- und abschließend im Verwaltungsausschuss beschlossen.

Elterngeld auch für Pflegeeltern

Pflegeeltern in Hannover sollen weiterhin eine <u>elterngeldähnliche Leistung</u> in Höhe von 800 Euro erhalten können. Die Zahlung soll es den Pflegeeltern ermöglichen, im ersten Jahr nach der Aufnahme des Kindes nicht zu arbeiten. Das Geld fließt in der Regel zwölf 12 Monate, doch kann die Zahlung in Einzelfällen verlängert werden. Mit dem Angebot soll der insgesamt rückläufigen Zahl der Pflegefamilien begegnet und das besonders anspruchsvolle erste Jahr mit dem Pflegekind erleichtert werden, indem auf die Erwerbsarbeit verzichtet werden kann. Bisher können Pflegeeltern zwar Elternzeit beantragen, haben aber keinen Anspruch auf Elterngeld.

Das entsprechende zweijährige Modellprojekt war Ende Mai ausgelaufen und hatte sich in Hannover wie auch in anderen engagierten Kommunen positiv ausgewirkt: Während in den Jahren zuvor durchschnittlich sechs Pflegefamilien gefunden wurden, waren es 2020 acht Familien, 2021 sieben. Zum Vergleich: 41 Kinder wurden 2021 in Heimeinrichtungen untergebracht.

Am 27. Juni haben wir im Jugendhilfeausschuss der Drucksache zugestimmt.

Unterstützung für Wohnungslose

Das Thema Wohnungslosigkeit begleitet unsere Sozial-AG dauerhaft und intensiv. Nun besuchte unsere AG den Werkheim e.V. in der Büttnerstraße, eine Einrichtung zur Unterbringung wohnungsloser Menschen. Andreas Sonnenberg vom Werkheim-Vorstand unsere Sozialpolitiker*innen durch die Einrichtung und gab einen Überblick über die Arbeit vor Ort. Werkheim bietet stationäre Hilfen, Langzeithilfen und Prävention für obdachlose alleinstehende Männer an. Insgesamt gibt es 164 Plätze. Die Aufnahme kann bei Bedarf zu jeder Tages- und Nachtzeit stattfinden. Ziel ist es, die Menschen für die Rückkehr in geordnete Verhältnisse mit eigener Wohnung und für die Aufnahme einer geregelten Arbeit vorzubereiten.



Andreas Sonnenberg (2. v.l.) führte unsere Sozial-AG durch das Werkheim: Sprecher Robert Nicholls, Kerstin Klebe-Politze, Joana Kleindienst und Anja Schollmeyer sowie die Beratenden Mitglieder Birgit Merkel und Peter Waldburg (v.l.).

Geordnete Verhältnisse für die Bewohner*innen schaffen soll auch das in unmittelbarer Nähe zu Werkheim e.V. gelegene Housing First-Projekt der Stiftung Ein Zuhause. Beim Housing First-Anwird davon satz ausgegangen, dass Menschen die Möglichkeiten haben, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, wenn ihnen erst einmal Wohnung zur Verfü-

gung steht. In Hannovers erstem Housing First-Projekt in Vahrenwald gibt es 15 Wohnungen für Einzelpersonen. Als Treffpunkt steht ein Gemeinschaftsraum zur Verfügung. Zwei Sozialarbeiter*innen sind als Ansprechpartner*innen vor Ort. Das erfolgreich angelaufene Projekt wurde am 20. Juni im Sozialausschuss vorgestellt und soll weitergeführt werden.

Nachtkultur

Hannover ist die Kultur- und Kreativstadt Niedersachsens, das ist auch gerade nachts zu erleben. Konzerte unter freiem Himmel, Clubs mit Kultur- und Partybetrieb, der freie Austausch auf den Plätzen der Stadt: All dies gehört zur Nachtkultur unserer Stadt. Nachtkultur ist damit weit mehr als nur nächtliche Feierkultur, die sich zum Teil negativ auf Sicherheit und Ordnung auswirkt. Nachtkultur ist ein urbaner Attraktivitätsfaktor und wesentlicher Bestandteil der lokalen Wirtschaft. Darüber hinaus leistet sie einen Beitrag zur gelebten sozialen, künstlerischen und kulturellen Vielfalt unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund hatten wir vor zwei Jahren die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für eine*n Beauftragte*n für Nachtkultur zu erstellen. Dies hat die Verwaltung nun im Kulturausschuss vorgestellt. Es sieht eine Koordinierungsstelle für Nachtkultur vor und stellt einen damit entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen aller Akteur*innen aus der Kreativ- und Kulturbranche, der Gastronomie, der Verwaltung und der städtischen Nachbarschaft dar. Gemeinsames Ziel ist es, nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu stärken sowie Kultur- und Kreativräume positiv weiter zu entwickeln.

Der Zustimmung im Kulturausschuss zwei Wochen zuvor sind wir auch im Verwaltungsausschuss am vergangenen Donnerstag gefolgt.

Endlich wieder Schützenfest!

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause hat in dieser Woche erstmals wieder Hannovers größtes Volksfest stattgefunden: das weltweit größte Schützenfest. Allein den Schützenausmarsch sahen 160.000 Menschen.

Unsere Fraktionsmitglieder waren bei vielen Veranstaltungen mit dabei, voran bei der Verpflichtung der Bruchmeister*innen (tatsächlich ist mit Vanessa Smorra in diesem Jahr erstmals eine Frau dabei!) am vergangenen Freitag und dem Schützenausmarsch am vergangenen Sonntag.









Nahmen neben anderen Fraktionsmitgliedern am Schützenausmarsch teil: unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich und unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Maxi Carl (linkes Bild), die Vorsitzende des Sportausschusses Kerstin Klebe-Politze, zugleich Vorsitzende des Verwaltungsrates der Schützenstiftung (M.), und unser sportpolitischer Sprecher Andreas Pieper, 2017 selbst einer der Bruchmeister. Rechtes Bild: die erste Bruchmeisterin Hannovers, Vanessa Smorra.

Sommerferien

Unsere Fraktionsgeschäftsstelle wird während der Sommerferien (14. Juli bis 24. August) durchgängig besetzt sein, wenngleich nicht in voller Personalstärke. Wir bitten deshalb um Verständnis, sollten einmal Anfragen nicht umgehend beantwortet werden können.

Die nächste Ausgabe unseres Newsletters "Fraktion aktuell" wird voraussichtlich am 2. September erscheinen.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse, spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

